

Kabuls goldene Jahre

Wer die tiefen Ursachen für die Krise in Afghanistan verstehen will, muss auf die Liberalisierung des Landes in den Sechzigerjahren schauen – und warum sie schon vor dem Einmarsch der Sowjets 1979 scheiterte VON THOMAS SPECKMANN

Ob die Geschichte nun wieder von vorn beginnt? Die dramatische Entwicklung in Afghanistan scheint geradezu danach zu schreien. Denn dort gilt seit Jahrzehnten: Nach der Intervention durch fremde Mächte ist vor der Intervention – Alexander der Große, die Briten, die Sowjets, die Amerikaner und ihre Verbündeten zeugen davon. Und nach dem gesellschaftlichen Modernisierungsversuch ist vor dem gesellschaftlichen Modernisierungsversuch – von außen wie von innen.

So wecken die gegenwärtigen Nachrichten vom Hindukusch nicht zuletzt Erinnerungen an eine Abfolge von Ereignissen in den Sechziger- und Siebzigerjahren. Schon damals ging es um die Modernisierung des Landes – und ihr Scheitern.

Susanne Koelbl und Olaf Ihlau haben 2007 als langjährige Kenner der afghanischen Geschichte und Kultur in ihrem Buch *Geliebtes, dunkles Land. Menschen und Mächte in Afghanistan* daran erinnert, dass es noch vor den Kommunisten und ihren sowjetischen Förderern am Hindukusch gewisse Ansätze einer gesellschaftlichen Liberalisierung gegeben hat: Ähnlich wie in Amerika und Europas westlicher Welt stritten Ende der Sechzigerjahre konservative, traditionelle und reformistische Studenten an der Universität in Kabul über das in ihren Augen beste Gesellschaftsmodell.

Die Fundamentalisten forderten einen Staat, der strikt den Gesetzen des Propheten folgen sollte. Die Modernisierer kämpften für ein säkulares System. Die meisten von ihnen waren Maoisten. Sie forderten den Umsturz des feudalistischen Patriarchats zugunsten einer gerechteren Verteilung des Eigentums – es befand sich größtenteils in der Hand weniger Großgrundbesitzer. Von dieser neuen Ordnung sollten auch die unterdrückten Frauen profitieren.

Die Hauptstadt des Landes zeigte sich damals moderat. Die oberen Gesellschaftsschichten orientierten sich an London und Paris. Westliche Mode setzte den Standard, auch wenn sie für viele unerschwinglich war: Im Kabuler Gesundheitsministerium verdiente eine Sekretärin monatlich 2200 Afghani – 1200 kostete ein Paar der damals begehrten Pumps des deutschen Herstellers Salamander auf dem Basar. Mädchen in Miniröcken flanieren entlang der Promenade des Kabul-Flusses. Sie trugen kurzärmelige Blusen, ihre Haare zu gebauschten Frisuren toupiert.

Kam der Sommer, kamen mit ihm illustre Feierlichkeiten. Auch in Landhäuser im idyllischen Umland der Hauptstadt. Live-Musik erschalle aus prachtvollen Gärten. Zwischen duftenden Rosenstöcken, Pfirsichbäumen und Walnussbäumen wurde zu klassischen afghanischen und indischen Komponisten getanzt. Entsprechend zwanglos war der Umgang zwischen Frauen und Männern – eine Annäherung folgte allerdings auch damals klaren Regeln: Zärtlichkeiten erst nach der Eheschließung.

Bis in den ländlichen Raum drangen diese relativen Freiheiten allerdings nur selten bis gar nicht vor. Dennoch ist der Zeitraum eines unbeswerteren Lebens und Arbeitens im Kabul der Jahre 1963 bis 1978 als »Goldenes Zeitalter« in die afghanische Geschichtsschreibung eingegangen. Zwar gab es auch damals Unruhen, Hunger und Entbehrung, aber es wurde weniger getötet. Gemessen an den Dekaden und Jahr Jahrhunderten zuvor – und an den Jahren und Jahrzehnten danach, wie Stefan Kornelius 2009 in seinem Buch *Der unerklärte Krieg. Deutschlands Selbstbetrug in Afghanistan* schrieb –, war es eine weitgehend friedliche und stabile Zeit.

Eingeleitet hatte den demokratischen Aufbruch König Mohammed Sahir Schah, 1964 gab er dem Land eine moderne Verfassung. Sie sah fünf Premierminister in einer konstitutionellen Monarchie kommen und gehen. Dann endete sie mit Mohammed Daud. Der Autokrat stürzte 1973 Sahir Schah und machte Afghanistan zur Republik – mit sich selbst als erstem Präsidenten, der zunächst auf die Unterstützung der kommunistischen Demokratischen Volkspartei Afghanistans baute, später gegen sie agierte und schließlich mit seiner Familie bürgerkriegsartigen Machtwort in Kabul zum Opfer fiel.

Eineinhalb Jahre vor der sowjetischen Invasion 1979 begann ein afghanischer Bürgerkrieg, aus dem sich wertvolle Rückschlüsse auf die Gegenwart ziehen lassen. Bernhard Chiari hatte diese Episode bereits 2009 als Wissenschaftlicher Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam analysiert – ein Jahr vor dem verlustreichen Karfreitagsgefecht der Bundeswehr gegen die Taliban bei Kunduz.

Auf den Autokraten Daud folgte eine kommunistische Regierung. Im harten Gegensatz zur Lebenswirklichkeit außerhalb von Kabul erklärte sie im Oktober 1978 die gesetzliche Gleichstellung von Mann und Frau. Jugendliche Aktivistinnen aus Schulen und Hochschulen – ohne Kenntnis der ländlichen Traditionen – wurden entsandt, um die Gesellschaftsordnung des Kommunismus in die Dörfer zu tragen. In ihrem Bemühen, Bauernfamilien durch Reformen zu Bodenbesitz und Bildung zu verhelfen, ignorierten die afghanischen Kommunisten die Realität der traditionell organisierten Stammesgesellschaften: Schickten Vertreter der Zentralregierung in Kabul etwa Bäuerinnen in Grundschulen, empfinden dies die Ehemänner nicht nur als Zwang von außen, sondern auch als Entehrung ihrer selbst. Entsprechend stark war die Gegenwehr der Männer in den Dörfern.



Westliche Mode in Kabul, hier 1969 in einer von Frauen geführten Boutique

Der Widerstand gegen den Versuch gesellschaftlicher Modernisierung erfasste immer breitere Bevölkerungsschichten, die ihre angestammten Machtpositionen bedroht sahen. Islamische Gotteskrieger wagten bewaffnete Aufstände. Im März 1979 lieferten sich Bewohner der Stadt Herat im Westen des Landes, Bauern der umliegenden Dörfer und sogar Soldaten der örtlichen Garnison vier Tage lang blutige Gefechte mit Regierungstruppen. Afghanistans Bürgerkrieg der Kulturen hatte begonnen. Die Bilanz der März-Unruhen: 5000 Tote, unter ihnen 150 bis 200 Militärbesatzer aus der Sowjetunion mit ihren Familien. Moskau unterstützte bereits seit Mitte der Fünfzigerjahre die Regierung in Kabul bei der Aufstellung moderner Streitkräfte. Dazu waren Tausende sowjetische Soldaten und KGB-Mitarbeiter im Land.

Dennoch gelang es den Aufständischen nicht nur, Panzer der afghanischen Armee und Jeeps des KGB mit sich ihren Insassen zu vernichten. Sie konnten Herat und damit die zweitgrößte Stadt Afghanistans auch eine Woche lang halten – im Unterschied zu bisherigen, rasch niedergeschlagenen Erhebungen gegen die Zentralregierung in Kabul oder in Mazar-i-Scharif, dem städtischen Zentrum des Nordens.

Moskau wurde nervös. Bislang hatte es nur vereinzelte Attentate durch Islamisten gegeben. Sie waren kaum organisiert, hatten nur geringen Rückhalt in der Bevölkerung. Aber jetzt zeigte sich spontaner Volkszorn in den afghanischen Provinzen. Ähnlich wie heute in Washington, London oder Berlin konnten damals weder der Außenminister noch der Verteidigungsminister der Sowjetunion ein klares Bild der tatsächlichen Lage in Afghanistan zeichnen – obwohl man ebenfalls seit zwei Jahrzehnten vor Ort engagiert war. Eine weitere Gemeinsamkeit über die Dekaden hinweg: Die Unzuverlässigkeit der Streitkräfte der afghanischen Zentralregierung – rund hunderttausend Mann, damals ausgebildet mit sowjetischer Hilfe. So wie jetzt im August innerhalb we-

niger Tage die Armee des Landes vor den Augen des Westens zerfiel, musste bereits 1979 der Krenel zum Kenntnis nehmen, dass afghanische Truppen in Herat zu den Aufständischen übergelaufen waren.

Auf die Gefechte im Westen Afghanistans folgten weitere schwere Kämpfe. Im März und April 1979 fielen nicht nur Teile der Provinzen Balch, Kunar und Badghis im Norden, Paktia im Süden und Nangarhar im Osten an der Grenze zu Pakistan, sondern sogar von Kabul selbst in die Hände aufständischer Milizen.

Auch in der südöstlichen Provinz Nuristan verdrängte die traditionellen Lebensweise gegen Ein-

griffe des Zentralstaats: Bewohner vertrieben Repräsentanten der Regierung. Polizeistationen gingen in Flammen auf. Distriktverwaltungen wurden geplündert. Das kommunistische Regime schickte Panzer, ließ die Dörfer der eigenen Bevölkerung bombardieren und die Überlebenden über die Grenze nach Pakistan vertreiben. Auch in Badachshan im äußersten Nordosten eskalierte die Gewalt – die Folge eines eigens ausgerufenen »Alphabetisierungsfeldzugs« mit 5000 Lehrern und 20.000 Helfern in einer der ärmsten Provinzen. Bei Aufständen in Urusgan in Zentralafghanistan und Dschalalabad im Nordosten wurden Hunderte Lehrer, Richter und Beamte getötet – sowie die beiden Provinzgouverneure.

Doch es fehlten den Aufständischen ein überregionaler Plan und entsprechende Netzwerke, um die Zentralregierung koordiniert zu Fall zu bringen. Zur Beruhigung der Lage führte dies aber keinesfalls: Angesichts der Eskalation der Gewalt am Hindukusch begann in Moskau die Diskussion über ein Eingreifen. Die Militärs warnten vor einer direkten Intervention. Das Fazit ihrer Analyse des Aufstands in Herat und der Taktik der Mudschahedin lautete: Partisanenkrieg. Einen solchen hatten die Sowjets selbst erfolgreich gegen die deutschen Besatzer im Zweiten Weltkrieg geführt. Den höheren Rängen in Armee und Partei war er noch in Erinnerung. Umso mehr war ihnen bewusst, was eine Ausweitung ihrer Operationen am Hindukusch nicht nur für die eigenen Soldaten bedeuten würde: Nikolaj Ogarkow mahnte als Chef des sowjetischen Generalstabs, eine Invasion in Afghanistan würde dem Islamismus in der gesamten Region Auftrieb verleihen – eine Prognose, die für zukünftige Interventionsentscheidungen nicht weniger gültig sein dürfte als für die Zäsuren 1979 und 2001.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September ignorierten die Regierungen Amerikas und Europas »uneingeschränkt solidarisch« die Warnungen vor

einem umfangreichen, großflächigen Einsatz eigener Bodentruppen. Zuvor waren es Leonid Breschnew und Politbüro-Mitglieder wie der KGB-Chef Juri Andropow gewesen, die sich am Ende über alle Bedenken hinwegsetzten. Sie hofften darauf, Afghanistan mithilfe einer neuen Zentralregierung in Kabul stabilisieren und dadurch das eigene militärische Engagement rasch verringern zu können – was sich schon damals als irrig erwies.

Und dennoch oder gerade deswegen: Während die Sowjets das Land schließlich mit hunderttausend Mann fast ein Jahrzehnt lang besetzt hielten, versuchten auch sie, Afghanistan zu modernisieren – wie die Kabuler Zentralregierung nach kommunistischem Vorbild und in brachialem Tempo. Dies führte zu paradoxen Nebeneffekten: Während die Mudschahedin die sowjetischen Invasoren in einem grausamen Krieg bekämpften, erlebten die Frauen eine der liberalsten Phasen in der Geschichte ihres Landes. Kabul und Moskau meinten es ernst mit der Durchsetzung der Frauenrechte. Sie legten Förderprogramme auf. Sie sandten Frauen aus Afghanistan zum Studium nicht nur in die Sowjetunion, sondern ebenso in den übrigen Ostblock, auch die DDR war Zielland. Das Ergebnis: Frauen besetzten schließlich hohe Positionen in Verwaltung und Militär.

Als die Sowjets 1989 abzogen, standen zwar nicht einmal mehr 20 Prozent des Landes außerhalb von Kabul unter der Kontrolle des kommunistischen Regimes. Aber dieses Kabulistan wurde neben Armee, Präsidentengarde, paramilitärischen Einheiten des Geheimdienst und Innenministerium auch von Frauenmilizen verteidigt. Gerade unter Kabuls jungen, selbstbewussten Frauen hatten die Kommunisten eine starke Anhängerschaft. Diese Frauen ahnten: Sollten die radikalen und militärisch erfolgreichen Fundamentalisten aus den Provinzen auch die Macht in Kabul übernehmen, würden sie ihre Jobs in Schulen, Krankenhäusern und Ministerien wieder verlieren und die Burka tragen müssen. Sie sollten recht behalten: Als die Stadt in einem weiteren Bürgerkrieg der Kulturen 1996 an die Taliban fiel, bedeutete das neue »Islamische Emirat« auch das Ende der mühsam erlangten Freiheiten der Frauen in Kabul.

Das Erbe des »Goldenen Zeitalters« währte nicht lange. Sowjetische Okkupation, islamistischer Widerstandskampf, Bürgerkrieg und die erste Herrschaft der Taliban ließen von Afghanistans demokratischem Aufbruch wenig bis nichts übrig. So kann es nicht überraschen, dass auch das Fundament des zweiten demokratischen Versuchs ab 2001 sich von Beginn an als brüchig erwies – zu brüchig für den erneuten Ansturm der Taliban 20 Jahre später. Dieses Mal stellte sich ihnen keine Frauenmiliz entgegen, von Armee, Präsidentengarde, paramilitärischen Einheiten des Geheimdienstes ganz zu schweigen. Dabei dürften dieses Mal die jungen, selbstbewussten Frauen Kabuls nicht weniger stark geahnt haben, was ihnen unter den Taliban droht.

Helmut Schmidt, der zur Zeit des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan Bundeskanzler war, hat bereits 2010 in einem Gespräch mit dem damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg gemahnt: »Es wird langsam Zeit, sich an den Gedanken zu gewöhnen, dass man den Krieg irgendwann wird abbrechen müssen.« Die Sowjetunion tat dies nach mehr als neun Jahren. Die andere Supermacht mit ihren Nato-Verbündeten war dazu erst nach mehr als doppelt so langer Zeit bereit.

Diese Zäsuren kommen und gehen in Afghanistan wie die Besatzungsmächte in seiner Geschichte. Was bleibt, ist die Kontinuität des afghanischen Bürgerkriegs der Kulturen. Wer ihn verstehen will, muss Ahmed Rashid lesen. Der britisch-pakistanische Journalist begann seine Arbeit als Korrespondent für Afghanistan, Pakistan und Zentralasien in dem Jahr, in dem das »Goldene Zeitalter« endete. Sein internationaler Millionenbestseller *Taliban* erschien ein Jahr vor 9/11. Aber das Buch, das helfen könnte, die heutige Gegenwart zu erklären, schrieb er sieben Jahre später: *Sturz ins Chaos. Afghanistan, Pakistan und die Rückkehr der Taliban*. Dort findet sich eine Beschreibung ihres Siegeszuges in den Neunzigerjahren, die aufhorchen lassen sollte.

Zwar hatten sich die Taliban in eine erfolgreiche Militärmacht verwandelt. Zwar hatten sie im Winter 1994 ihre spätere Hochburg Kandahar erobert und waren dann weiter nach Norden und Westen vorgestoßen. Zwar hatten sie im folgenden Jahr auch Herat und dann 1996 Kabul eingenommen. Zwar hatten viele paschtunische Kriegsfürsten lieber ihre Waffen niedergelegt, als sich den Taliban entgegenzustellen, die ihnen unverwundbar erschienen. Aber bereits 1997 und nicht erst 2001 folgte die erste Niederlage der Taliban, als sie im Norden unter großen Verlusten mit Mazar-i-Scharif die zweitgrößte Stadt des Landes wieder räumen mussten.

Heute ist es erneut der Norden Afghanistans, der vielen Hoffnung macht. Hier sammelt sich im Pandschir-Tal nicht nur der militärische Widerstand gegen die Taliban. Hier meldet sich schon heute mit Ahmed Massud das Gesicht der neuen Opposition. Sein Vater Ahmed Schah Massud führte einst die Nordallianz in den Kampf gegen die Taliban und wurde dadurch zur Legende – zwei Tage vor dem 11. September 2001 ermordet von Al-Kaida. In der *Washington Post* hat der Sohn die Vereinigten Staaten bereits um Waffen und Munition gebeten. Sein Ziel: der erneute Sturz der Taliban. Ob die Geschichte nun wieder von vorn beginnt?

Jetzt am Kiosk!



Oder gratis lesen:
www.zeit.de/zg-heft